N i e d e r s c h r i f t
BAU/003/2014

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Bauausschusses der Stadt Rheine am 20.11.2014

Die heutige Sitzung des Bauausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als
Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied / Vorsitzender

Mitglieder:

Herr Christian Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Herr Matthias Berlekamp	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Hendrik Börger	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Herr Gerhard Cosse	SPD	Ratsmitglied
Herr Paul Hartmann	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Nadine Hembrock	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Dennis Kahle	CDU	Ratsmitglied
Herr Peter Kölker	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Kurt Radau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Mirko Remke	CDU	Ratsmitglied / 2. Stellv. Vorsitzender
Herr Heribert Röder	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Joachim Siegler	Alternative für Rheine	Sachkundiger Bürger
Herr Detlef Weßling	SPD	Ratsmitglied

beratende Mitglieder:

Herr Ludger Albers		Beirat für Menschen mit Behinderung

Herr Hartmut Klein		Sachverständiger Bürger für Baudenkmalpflege
Herr Claus Meier		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung

Vertreter:

Herr Werner Bela		Vertretung für Herrn Heinz Werning
Herr Heinrich Hagemeier	CDU	Vertretung für Herrn Fabian Lenz
Herr Johannes Willems	FDP	Vertretung für Herrn Alfred Holtel
Frau Helena Willers	CDU	Vertretung für Herrn Dr. Manfred Konietzko
Frau Helena Wirt		Vertretung für Herrn Ahmad Hammudeh

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Herr Werner Schröer	Fachbereichsleiter FB 5
Herr Thomas Bußmann	Mitarbeiter Zentrale Gebäudewirtschaft
Herr Mario Kaiser	Produktverantwortlicher Zentrale Gebäudewirtschaft
Frau Claudia Kurzinsky	Produktverantwortliche Hochbau
Frau Doris Stuckmann	Fachbereichscontrolling FB 5
Herr Hans-Jürgen Gawollek	Produktverantwortlicher Straße/Grün
Herr André Löckener	FB 5, Projektmanagement Bahnflächen
Herr Martin Forstmann	Mitarbeiter der TBR
Herr Udo Eggert	Mitarbeiter der TBR
Herr Thomas Roling	Mitarbeiter der TBR
Frau Andrea Mischok	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzender
Herr Fabian Lenz	CDU	Ratsmitglied

beratende Mitglieder:

Herr Ahmad Hammudeh	Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat
Herr Heinz Werning	Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat

Herr Brauer begrüßt die Anwesenden, eröffnet die heutige Sitzung des Bauausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Des Weiteren begrüßt er die Mitglieder des Beirates Verkehr der Stadtwerke Rheine, die zum TOP 1 – Umbau ZOB Matthiasstraße – eingeladen wurden.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet die Verwaltung die Vorlage 508/14 - Berichtswesen 2014, Stichtag 31.10.2014, Sonderprojekt „Kaserne Gellendorf“ mit auf die Tagesordnung zu nehmen. Herr Brauer schlägt vor, den Tagesordnungspunkt als TOP 10 zu behandeln. Die Mitglieder des Bauausschusses widersprechen der vorgeschlagenen Änderung nicht.

Öffentlicher Teil:

1. Umbau ZOB Matthiasstraße
Vorstellung der Vorentwurfsplanung ZOB Matthiasstraße durch das Büro pbr
Vorlage: 470/14

00:03:25

Herr Brauer begrüßt Frau Wendt-Salmhofer vom Büro pbr AG, Frau Wolf vom Büro wbp und Frau Quintiliani von der Dinnebier-Licht-GmbH, die anhand einer Präsentation die Vorentwurfsplanung für den ZOB Matthiasstraße vorstellen. Im

Anschluss wurden seitens der Vortragenden Fragen beantwortet und Anregungen und Ergänzung zur Überarbeitung mitgenommen.

Herr Cosse bittet, die Möglichkeit einer Fotovoltaikanlage auf den Dächern des Bustreffs zu überprüfen. Weiter möchte er wissen, wie breit die Fußwege in der Bahnhofstraße auf den Seiten McDonalds und der Fa. Koltzenburg seien, da dies aus den Plänen nicht eindeutig hervor gehe. Für ihn stelle sich die Frage, ob nicht mit dem dort angegliederten Regiobus, dem regelmäßigen Anlieferungsverkehr, 4 Taxiständen und zusätzlichen Bäumen, der Busablauf gestört und es unwillkürlich zu Staus komme werde.
Des Weiteren gehe es ihm um die Fahrradständer an der Matthiasstraße. In der Anwohnerversammlung sei darauf hingewiesen worden, dass die Möglichkeit, einen Platz mit Aufenthaltsqualität zu schaffen, gegeben sei, wenn dort keine Fahrradständer angebracht werden. Eine entsprechende Bestuhlung durch die Restaurationsbetriebe könne zu einer guten Platzgestaltung beitragen.
Zum Anbau der Volksbank möchte er wissen, ob der geplante Fußweg breit genug sei, um auch von Rollstuhlfahrern oder Personen mit Kinderwagen ohne Schwierigkeiten genutzt zu werden.

Herr Kahle teilt mit, dass der CDU-Fraktion die 4 Taxistände auf der Bahnhofstraße, insbesondere im Hinblick auf die im Bereich Poststraße und Bahnhof schon angesiedelten Taxen, zuviel seien.
Zur Finanzierung weist Herr Kahle darauf hin, dass gerade in Zeiten sehr knapper finanzieller Haushaltsmittel auch über die Notwendigkeit einer Fördermaßnahme in Höhe von 500.000 € nachgedacht werden müsse. Zum Vergleich möchte er wissen, welche Kosten der Stadt Rheine entstünden, wenn der behindertengerechte Umbau und die Maßnahmen zur Barrierefreiheit ohne einen weiteren Umbau des Bustreffs getätigt werden. Diese Kostenermittlung sei aus seiner Sicht für eine vernünftige Argumentation und Abwägung notwendig.

Herr Schröer weist darauf hin, dass jetzt die einmalige Chance bestehe, den Bustreff mit dieser Fördermaßnahme entsprechend umzubauen. Die Möglichkeit für einen Umbau in den nächsten 10 Jahren sei nicht mehr zweifelsfrei geben, da das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auslaufe.
Zurzeit seien 4,7 Mio Euro für den Umbau des ZOB Matthiasstraße beim Zuschussgeber reserviert. Man benötige jetzt die Entscheidung für eine Entwurfsplanung, damit der Förderantrag konkret gestellt werden könne. Im März 2015 werde dem Bauausschuss die Vorlage mit den Abwägungsbeschlüssen zu den einzelnen Details vorgestellt.
Herr Schröer berichtet weiter, dass Frau Wolf vom Büro wbp eine separate Berechnung erstellt habe, in der nur der behindertengerechte Umbau bzw. Maßnahmen zur Barrierefreiheit berücksichtigt wurden.

Hierzu erläutert Frau Wolf, dass der Bustreff bis 2022 behindertengerecht umgebaut werden müsse. Sie erklärt, welche Maßnahmen am Bustreff zwingend notwendig seien, um dies zu erreichen. Bei einer groben Berechnung mit einer Umbaufläche von 900 m² ergäben sich Umbaukosten für Beläge, Dach und Wartebereich etc. in Höhe von 455.000,00 €.

Herr Kuhlmann erklärt, dass auch mit dieser Maßnahme dem Rahmenplan Innenstadt gefolgt werde. Der Rahmenplan sei die Grundlage für eine 8-jährige Förderung, so dass es wichtig sei, diese Planungen im Zusammenhang zu sehen. Bei dieser Maßnahme werde die Eingangsfunktion zur Innenstadt verbessert und au-

ßerdem eine wesentliche Optimierung für den ÖPNV erreicht. Deshalb könne hierauf nicht verzichtet werden, da alles diesem strategischen Plan folge. Er bittet, die Maßnahme in diesem Kontext zu bewerten und nicht nur auf Grund von kurzfristigen wirtschaftlichen Aspekten zu entscheiden.

Auch Herr Siegler möchte noch einmal auf die Situation in der Bahnhofstraße zurückkommen. Seine Fraktion sei der Meinung, dass der Fußgängerweg auf der Seite Mc Donalds breiter angelegt werden müsse, um den Fußgängerstrom vom Bahnhof besser aufnehmen zu können.
Außerdem gehe es ihm um die Neuorganisation am Bustreff. Es sei erklärt worden, dass die Busse, in der Reihenfolge, in der sie hereinkommen, die Plätze belegen und dies über Lautsprecher mitgeteilt werde. Hierdurch werde von den Fahrgästen ein hohes Tempo verlangt, um den für sie passenden Bus zu erreichen. Er sehe hier Schwierigkeiten für gehbehinderte und blinde Menschen, sich zum einen zu orientieren und zum anderen den Bus pünktlich zu erreichen.

Herr Brauer weist darauf hin, dass man sich zum jetzigen Zeitpunkt erst in der Vorplanungsphase befinde. Die Anregungen und Gedanken würden in die endgültige Planung mit einfließen und seien dann zu überdenken. In der Bauausschusssitzung im März 2015 könne dann über eine endgültige Planung diskutiert und entschieden werden.

Herr Wilp möchte einige Anregungen aus der Anliegerversammlung aufnehmen. Auch dort habe es Bedenken bezüglich eines Engpasses in der Bahnhofstraße durch die geplanten Taxistände und Bäume gegeben, zumal dort auch noch ein Radweg entlang führe. Wichtig sei ihm eine vernünftige Eingangssituation zur Innenstadt, die auch anziehend sei. Er weist darauf hin, dass die geplanten Fahrradständer nicht im Bezug zum öffentlichen Personennahverkehr, sondern im Bezug zur Innenstadt stünden. Die Anlage von Fahrradständern im Umfeld des Bustreffs, bittet er noch einmal zu überdenken und somit die Aufenthaltsqualität im Bereich des Bustreffs zu erhöhen. Durch die Steigerung der Attraktivität des Bustreffs habe man die Möglichkeit, mehr Menschen in den ÖPNV einzubinden.
Zum Thema Fotovoltaik stellt Herr Wilp fest, dass er sich aufgrund der geringen Sonneneinstrahlung am Bustreff bessere Flächen für eine Fotovoltaikanlage vorstellen könne. Er bittet, dies aber trotzdem zu überprüfen.

Frau Wendt-Salmhofer sagt zu, dass alle Anregungen für die weitere Planung mitgenommen und diskutiert werden. Sie weist auf das entstehende Zeitproblem hin, sollte der Beschluss an diesem Abend nicht gefasst werden.

Herr Kahle bittet die Verwaltung um weitere Erläuterungen zur Kostenplanung.

Herr Schroer erklärt, dass ein maximaler Fördersatz von 90 % im Raum stehe. Es werde allerdings keine reine prozentuale Anteilsfinanzierung geben, sondern es werde in Abhängigkeit von den Busstellplätzen gefördert.
Für die Ermittlung des Zuschussbetrages würden unterschiedliche Fördersätze angewandt, z.B. für verschiedene Busarten (normaler Bus, Gelenkbus), Quadratmeter Dachfläche. Für die Berechnung des Zuschussbetrages werde der Zuschussgeber die ausschlaggebenden Kriterien prüfen und berechnen. Die Verwaltung werde dies in den nächsten 2 Monaten mit dem Fördergeber detailliert besprechen, so dass im März 2015 eine Vorlage mit genauen Zahlen in den Bauausschuss eingebracht werde.

Aus Sicht von Herrn Cosse müsse der Bürgersteig an der Seite der Fa. Koltzenburg Priorität haben, da der Fußweg zum Media-Markt und dem dazugehörigen Parkhaus höher frequentiert sei als auf der anderen Seite.

Herr Brauer weist darauf hin, dass im Frühjahr 2015 noch eine Bürgerversammlung einberufen werde, in der sich auch die Fahrgäste, die die Hauptnutzer des Bustreffs seien, mit einbringen könnten. Er erklärt, dass es im Vorfeld schon eine Anliegerversammlung gegeben habe, in der Argumente mit den Anliegern ausgetauscht und diskutiert wurden.

Herr Brauer dankt für den umfangreichen Vortrag und verabschiedet die Vortragenden. Im Anschluss lässt er über den Tagesordnungspunkt durch den Bauausschuss und den Beirat Verkehr abstimmen.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt die Ausführungen des Planungsbüros Rohling AG zum Umbau des ZOB zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage der Vorentwurfsplanung die weiterführende Entwurfsplanung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Beirat Verkehr schließt sich dem einstimmigen Votum des Bauausschusses an.

2. Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung am 23.10.2014

00:58:10

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Niederschrift werden nicht vorgetragen. Diese ist somit genehmigt.

3. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 23.10.2014 gefassten Beschlüsse

00:58:14

Herr Schröer verliest nachfolgenden Bericht der Verwaltung und verweist zur Anfrage von Herrn Dr. Konietzko auf nachfolgenden Vermerk.

TOP	**Antragssteller / Vortragender**	**Anliegen**	**Stellungnahme**
ÖS TOP 6 Herr Kuhlmann	Herr Dr. Konietzko	Herr Dr. Konietzko möchte wissen, wie viel Fördermittel für das 14,5 Mio-Projekt Bahnflächen Rheine R sicher seien, wie hoch der Anteil der Stadt Rheine sei und wie viel Fördermittel zu erwarten seien.	Hierzu wird auf den **nachfolgenden Vermerk** verwiesen.
ÖS TOP 6 Herr Kuhlmann	Herr Cosse	Herr Cosse regt an, mit den Eigentümer des Parkplatzes "Klostergarten" zu sprechen, ob im Durchgang zur Klosterstraße/Marktstraße ein Behindertenparkplatz ausgewiesen werden könne.	In einem Gespräch haben die Eigentümer des Parkplatzes "Klostergarten" dem zugestimmt. Der Behindertenparkplatz kann eingerichtet werden.

Anlage zur Anfrage von Herrn Dr. Konietzko:

ARCHITEK
TURSTADT
PLANUNG
STADTENT
WICKLUNG
HAMERLA | GRUSS-RINCK | WEGMANN + PARTNER

Bahnflächenentwicklung Rheine „R“ und Innovationsquartier (IV. Quadrant)

einschließlich

Sonderprojekt „Bahnhofsausgang West“ (Fußgängerunterführung)

Städtebaufördermaßnahme: Aufbereitung von Brachflächen / Hauptbahnhof Rheine und Umfeld (4. Quadrant) und Rangierbahnhof Rheine R

Städtebauförderungsmaßnahmen

Die Gesamtmaßnahme zur Aktivierung brachliegender Bahnflächen in Rheine besteht aus der

- Entwicklung des ehemaligen Rangierbahnhofs zum **Gewerbepark Rheine „R“** und
- des direkten Umfelds des Bahnhofs zum **Innovationsquartier Bahnhof Rheine** sowie
- der Realisierung des **Bahnhofsausgangs West** unter Einbeziehung der Triebwagenhalle.

Auf der Grundlage der Planungskonzepte und Wirtschaftlichkeitsberechnungen wurde für das Gesamtprojekt im November 2006 ein Förderantrag für Zuwendungen der Stadterneuerung des Landes NRW und des Bundes gestellt.

Mit dem Bescheid 06/68/10 hat die Bezirksregierung Münster am 22.12.2010 die Ausfinanzierung der Gesamtmaßnahme bewilligt.

Mit dem letzten Bewilligungsbescheid stehen für die beantragten Maßnahme insgesamt rd. **6,017 Mio. € an Zuwendungen** (Fördersatz 70%) zur Verfügung.

Gesamtkosten der beantragten Maßnahme (aktueller Sachstand)	14.498.251,- €
(inklusive Anteil von rd. 907.000,- € für Bahnhofsausgang West)	
Grunderwerbsausgaben	3.512.756,- €
Herrichtung, Baureifmachung, Erschließung	10.107.307,- €
Einnahmen durch Veräußerung	5.706.000,- €
Förderungsfähige Ausgaben (inkl. Zwischenfinanzierung)	10.985.495,- €
Abzuziehende Erlöse (Einnahmen - Ausgaben Grunderwerb)	2.193.244,- €
Höhe der Zuwendung (bewilligte Mittel)	6.017.295,- €
Eigenanteil der Stadt	2.774.956,- €

Sonderprojekt „Bahnhofsausgang West“ (Fußgängerunterführung)

Förderantrag gem. § 12 ÖPNVG NRW (EntflechtG/GVFG)

Die Maßnahme zur Errichtung des Bahnhofsausgangs West unter Einbeziehung der Triebwagenhalle wird sowohl mit Mitteln der Städtebauförderung, wie auch nach GVFG / EntflechtG gefördert. Die Gesamtkosten der Maßnahme belaufen sich auf rd. 4,0 Mio. € mit einem Anteil von rd. 907.000,- €. für die Städtebauförderung und rd. 3,0 Mio. € für den GVFG-Anteil. Der Zuwendungsbescheid Nr. 1 vom 10.09.2009 beinhaltet eine Summe von rd. 2.368.900,00 € zuwendungsfähiger Gesamtausgaben. Die Anteilsfinanzierung des NWL (bewilligt) beträgt bei einem Fördersatz von 75 % 1.776.700,00 €.

Anmeldung von Mehrkosten von rd. 529.000,00 € in einem ergänzten Förderantrag an den Zweckverband NWL, Münster.

Sachstand November 2014

Gesamtkosten der beantragten Maßnahme (aktueller Sachstand)	4.045.135,- €
Anteile Dritter, Städtebauförderung und nicht förderfähige Ausgaben	1.051.409,- €
Zuwendungsfähige Ausgaben (inkl. Grunderwerb, Planung)	2.993.726,- €
Höhe der Zuwendung, beantragt	2.245.295,- €
(Hiervon bisher bewilligt:	1.776.700,- €)
Eigenanteil der Stadt	797.142,- €

Sachstand 17.11.2014

4. Informationen der Verwaltung

00:58:57

Es liegen der Verwaltung keine Informationen vor.

5. Eingaben

5.1. Fotovoltaik-Anlagen auf städtischen Gebäuden - Eingabe SPD-Fraktion

00:59:03

Herr Schröer erklärt, dass es von der SPD-Fraktion eine Eingabe bezüglich Fotovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden gebe. Die Verwaltung werde in der nächsten Sitzung des Bauausschusses eine Information oder Vorlage hierzu unterbreiten.

5.2.2
5.2.1
Leitst. Klima
SWR
TBR
EWG

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Rat der Stadt Rheine

Stadt Rheine
Die Bürgermeisterin
Klosterstraße 14
48431 Rheine

VV | BM | X | II | X
Stadt Rheine
10. NOV. 2014
BM
5 | 4 | SWR | TBR | EWG

SPD

Anschrift:
Bürgerstr. 5
48432 Rheine

04. 11. 2014

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,

die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Rheine stellt den folgenden Antrag und bittet um entsprechende zeitgerechte Beratung im Rat der Stadt Rheine bzw. den betroffenen Fachausschüssen.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Roscher

Jürgen Roscher

Antrag:

Die Verwaltung wird gebeten alle städtischen Gebäude, insbesondere die Dachflächen des alten und des neuen Rathauses, zu überprüfen. Ziel der Prüfung ist die Geeignetheit zur Installation von Fotovoltaik-Anlagen.

Sollte eine Errichtung von Fotovoltaik-Anlagen möglich sein, beantragt die SPD-Fraktion die Installation auf den jeweiligen maximalen zur Verfügung stehenden Flächen.

Die Tochtergesellschaften den Stadt Rheine sollen durch eine entsprechende Beauftragung in der Gesellschafterversammlung ebenfalls zu einer entsprechenden Überprüfung veranlasst und zur Installation im Falle der Geeignetheit beauftragt werden.

Begründung:

Durch Stromerzeugung zum Eigenbedarf können die Betriebskosten der städtischen Gebäude deutlich verringert und ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet werden.

Die Module sind zwischenzeitlich so preiswert, dass sich die Kosten in kürzester Zeit amortisieren.

Die Klimakommune Rheine würde einen weiteren Schritt zu den vereinbarten Klimaschutzzielen gehen.

5.2. Thiebrunnen-Gestaltungsfragen - Eingabe Hartmut Klein

Herr Schröer erklärt, dass es zur Thematik „Thie-Brunnen“ eine Eingabe von Herrn Hartmut Klein gebe. Diese Eingabe sei im Vorfeld bereits an alle Ratsmitglieder versandt worden.

Herr Klein erläutert kurz die Hintergründe, die zu seiner Eingabe geführt haben. Er bittet, wenn beim nächsten Mal so eine Maßnahme anstehe, den Gestaltungsbeirat vorher einzuschalten. Herr Klein kritisiert, dass der geplante Brunnen als idyllisches Bauwerk dargestellt werde, aber so ein falsches Bild über die damaligen hygienischen und sozialen Zustände wiedergegeben werde.

Herr Kuhlmann möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass der Verwaltung das Urteil des Gestaltungsbeirates wichtig sei. Allerdings sei der Zeitrahmen für die Weiterführung des Ausbaus Marktstraße/Auf dem Thie aus den bekannten Umständen sehr eng gesteckt gewesen, um die Baustelle noch vor dem Winter entsprechend vorantreiben zu können. Somit habe man in dieser Bauausschusssitzung eine Entscheidung, auch über den Aufbau des Brunnens, fassen müssen.

Zum Thema erfolgen verschiedene Wortmeldungen aus den Fraktionen, die u.a. grundsätzlich die Arbeit des Gestaltungsbeirates lobend anerkennen.

Herr Cosse bezieht sich in seinem Wortbeitrag auf die Äußerungen von Herrn Klein, dass ein falsches Bild bezüglich früherer sozialer und hygienischer Verhältnisse vorgetäuscht werde. Für ihn gehe es hier ausdrücklich um Information. Er regt an, eine Informationstafel zu installieren, die auf die früheren sozialen und hygienischen Verhältnisse hinweise. Für ihn sei der Brunnen ein Zeichen der Stadtgeschichte.

Herr Kahle teilt mit, dass die CDU-Fraktion das Thema „Thie-Brunnen“ noch einmal aufgegriffen habe. Man sei aber übereingekommen, das Thema nicht weiter zu diskutieren und dies in der beschlossenen Form weiterzuführen.

Herr Klein erklärt, dass er eine Informationstafel sehr begrüße. Aus dieser solle seines Erachtens hervorgehen, dass das, was jetzt so idyllisch aussehe, zur damaligen Zeit nur scheinbar gut war. Es solle darauf hingewiesen werden, wie Wasserversorgung in der Realität noch vor 200 Jahren ausgesehen habe.

Von: Hartmut Klein, Rheine [mailto:kleinhart72882@aol.de]
Gesendet: Donnerstag, 13. November 2014 11:44
An: info@brauer-rheine.de; Kordfelder, Dr. Angelika; Kuhlmann, Jan; Linke, Axel; Krümpel, Mathias; Elfert, Theo; Schröer, Werner; Grüner, Ulrich; barbara.seifen@lwl.org; lothar.kurz@web.de; Forstmann, Martin
Betreff: - Thiebrunnen, Gestaltungsfragen

An die
Mitglieder des Rates der Stadt Rheine.
die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger des Bauausschusses
(an diese beiden Gruppen über Herrn Theo Elfert),
den Vorsitzenden des Bauausschusses,
den Verwaltungsvorstand der Stadt Rheine,
den Leiter des Fachbereichs Bauen,
die haupt- und ehrenamtliche Denkmalpflege
Herrn Martin Forstmann

Sehr geehrte Damen und Herren,

im letzten "Arbeitskreis Gestaltung Innenstadt" (30.10.2014) wurde das Thema "Thiebrunnen" ausführlich diskutiert. Angehängt übermittle ich Ihnen Auszüge aus dem Protokoll, aus dem sich ergibt, dass neben mir insbesondere die auswärtigen Mitglieder sich sehr skeptisch zu einer Rekonstruktion äußerten.

Auszüge aus dem Protokoll

In der Diskussion (zum Thema "Thiebrunnen") vertreten Frau Dr. Seifen, Herr Professor Spital-Frenking und Herr Klein die Auffassung, dass eine Rekonstruktion des Brunnens an diesem Standort auf der öffentlichen Verkehrsfläche städtebaulich nicht in Ordnung ist. Sie begründen ihre Auffassung damit, dass eine solche Rekonstruktion eine seit einem sehr langen Zeitraum nicht mehr bestehende städtebauliche Situation darstellt. Spätestens mit der Veränderung der Straßenführung in dem Bereich „Auf dem Thie" hat sich eine Veränderung der mittelalterlichen städtebaulichen Situation in diesem Bereich ergeben. Der Brunnen stand ursprünglich in seiner Lage am Rande des Thie, gerade noch innerhalb der Stadtbefestigung, in einem völlig anderen städtebaulichen Kontext; dieser ist aufgrund der heutigen städtebaulichen Situation nicht nachvollziehbar und würde diese verfälschen.
Aufgrund eines Hinweises von Frau Kurzinsky, dass am Kloster Bentlage und auf dem Gelände des Falkenhofes ebenfalls oberirdische Brunnenteile rekonstruiert worden sind, entgegnet Frau Dr. Seifen, dass eine Rekonstruktion auf einem, erkennbar zu einem mittelalterlichen Gebäude zugehörigen Grundstück, dazu dienen kann, die Trinkwasserversorgung der Bewohner dieses Gebäude zu der damaligen Zeit darzustellen. Die Rekonstruktion des alten Brunnens auf der öffentlichen Verkehrsfläche wäre nach ihrer Auffassung aufgrund der völlig veränderten städtebaulichen Situation in diesem Bereich der Innenstadt „ völlig ohne Zusammenhang" und daher städtebaulich nicht wünschenswert. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass der Brunnen sehr wahrscheinlich spätestens nach der Einführung der kommunalen Wasserversorgung sowie der Veränderung der Straßenführung in diesem Bereich bewusst aufgegeben worden ist.
Herr Klein unterstützt die von Frau Dr. Seifen und Herrn Prof. Spital-Frenking vertretene Auffassung und weist noch einmal auf den Standort dieses Brunnen in einer Randlage „des Thie", gerade noch innerhalb der Stadtbefestigung hin. Gerade durch diesen Standort hatte der Brunnen eine Funktion, die nicht nur mit der Einführung einer kommunalen Wasserversorgung, sondern auch mit der gravierenden

Veränderung der städtebaulichen Situation durch die andere Straßenführung, funktionslos geworden ist. ***Ohne einen Zusammenhang mit der heutigen städtebaulichen Situation kann eine Rekonstruktion des Brunnens*** *nach seiner Auffassung* ***nur eine historisierende Darstellung sein, die nicht wünschenswert sein kann.***

Eine Darstellung/Sichtbarmachung des Brunnenstandortes in der Straßenoberfläche wird befürwortet.

Ergänzend möchte ich anmerken, dass die Rekonstruktion auch ein falsches Bild der sozialen und hygienischen Verhältnisse widerspiegeln könnte. Das Brunnenwasser war infolge der Nähe des Stadtgrabens, der auch als Abwassergraben benutzt wurde, infolge der zahlreichen Kloaken- und Abwassergruben hinter den Häusern, deren Inhalt infolge des lockeren Kalksteins auch leicht in den Brunnen gelangen konnte, wahrscheinlich ständig stark belastet, zumal gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als die Bevölkerungszahl in der Innenstadt stark angestiegen war. Die Kindersterblichkeit lag in dieser Zeit bei etwa 50 % und es ist davon auszugehen, dass ein wesentlicher Faktor auch das belastete Brunnenwasser war. Dass das Wasserholen, auch in der kalten Jahreszeit, Sache der Dienstmägde bzw. in den armen Familien der Frauen war, sei am Rande vermerkt.

Bei Neubaumaßnahmen hat man auch an anderer Stelle ehemalige Strukturen "kritisch", also mit den Mitteln der jeweiligen Zeit, rekonstruiert. Als Beispiele möchte ich die Bauten am "Waschkeschapp" (am Emsuferweg) und den durch besondere Oberflächenpflasterung dargestellten Verlauf des ehemals offenen, vor etwa 120 Jahre verrohrten "Goesebachs" hervorheben. Entsprechend sollte auch der Thiebrunnen dargestellt werden, im übrigen wie die benachbarte älteste Synagoge, an die auch zukünftig durch einen im Bürgersteig eingelassenen Gedenkstein erinnert wird.

Über eine entsprechende Entscheidung in den städtischen Gremien würde ich mich freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Hartmut Klein
Ehrenamtlicher Denkmalpfleger
13.11.2014

5.3. Feuerwehr rechts der Ems - Eingabe CDU-Fraktion

01:12:10

Herr Schröer verliest die Eingabe. Zum Verfahren erklärt er, dass die Entwurfsplanung vergeben sei. In der Januar bzw. Februar Sitzung des Bauausschusses werden dann die Ergebnisse der verschiedenen Varianten vorgestellt.

Feuerwehr rechts der Ems

Die CDU-Fraktion beantragt,

die Bauverwaltung soll das Raumprogramm des Gebäudes "Feuerwehr rechts der Ems" überprüfen und möglichst eine Kostenreduzierung über die Bildung von mehreren Bauabschnitten (1. Rettungswache und Feuerwehr mit 8 Stellplätze, 2. Feuerwehr restliche 6 Stellplätze) erreichen.

5.4. Sekundarschule Rheine Stadt - Eingabe CDU-Fraktion

01:12:50

Herr Schröer verliest die Eingabe. Er verweist auf die Haushaltsplanberatungen, zu der er diese Eingabe wieder aufgreifen werde.

Er teilt mit, dass es eine zweite Eingabe zum Thema Sekundarschule Rheine Stadt gebe. Diese sei von der SPD-Fraktion eingebracht und als Eingabe für den Rat gewertet worden, da verschiedene Verwaltungsbereiche betroffen seien.

Sekundarschule Rheine Stadt

Die CDU-Fraktion beantragt,

die Entwürfe der Verwaltung und des Büros Borowski/Sasse auf Grundlage des aktuellen Raumprogramms erneut zu prüfen und die Baukosten entsprechend der bestehenden Ansätze im Haushaltsplan auf 8 Millionen Euro zu beschränken.

6. Energiebericht der Stadt Rheine 2012/13 Vorlage: 408/14

01:14:10

Herr Schröer erklärt, dass die Abteilungen Zentrale Gebäudewirtschaft, Stadtentwässerung und Verkehr den Energiebericht erstellt haben. Er verweist auf die Vorlage und erklärt, dass die Kollegen für Fragen zur Verfügung stehen.

Herr Martin Beckmann möchte wissen, welcher Aufwand entstehe, wenn die Zähler der städtischen Gebäude manuell abgelesen und die Daten dann übermittelt werden. Er erklärt, dass es mittlerweile einfachere Verfahren zur Erfassung der Energiezählerstände mittels automatischer Datenfernauslesung gebe. Er möchte wissen, ob es eine Planung gebe, städtische Gebäude in den nächsten Jahren in diese Richtung umzurüsten.

Die Verwaltung sagt die Beantwortung der Frage zu.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den Energiebericht der Stadt Rheine bzw. der TBR -Entwässerung- und -Straßen- 2012/13 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

7. Erhaltungsaufwand an städtischen Gebäuden 2015 Vorlage: 463/14

01:15:24

Herr Schröer berichtet, dass der Schulausschuss am gestrigen Abend dem Beschlussvorschlag zugestimmt habe.

Beschluss:

1. Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen zum Erhaltungsaufwand der städtischen Gebäude 2015 zur Kenntnis und empfiehlt dem Bauausschuss die in Anlage 2 genannten Erhaltungsmaßnahmen für schulische Einrichtungen zu beschließen.

2. Der Bauausschuss nimmt die Ausführungen zum Erhaltungsaufwand der städtischen Gebäude 2015 zur Kenntnis und beschließt die in der Anlage 2 genannten Erhaltungsmaßnahmen für die städtischen Gebäude.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Berichtswesen 2014; Stichtag 31.10.2014 Sonderprojekt "Bahnflächen" Vorlage: 465/14

01:16:15

Die Verwaltung verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für das Sonderprojekt „Bahnflächen“ mit dem Stand der Daten vom 31.10.14 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

9. Berichtswesen 2014; Stichtag 31.10.2014 Fachbereich 5 - Planen und Bauen Produktgruppen 52 - 58 Vorlage: 461/14

01:16:32

Die Verwaltung verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 5 – Planen und Bauen (Produktgruppen 52 - 58) mit dem Stand der Daten vom 31.10.14 zur Kenntnis

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

10. Berichtswesen 2014; Stichtag 31.10.2014 Sonderprojekt "Kaserne Gellendorf" Vorlage: 508/14

01:16:52

Herr Schröer teilt mit, dass sich eine Überzahlung beim Sonderprojekt „Kaserne Gellendorf“ ergeben habe. Der Grund hierfür seien geringere Kosten gewesen. Man werde dies zur Ratssitzung aufarbeiten und einen Deckungsvorschlag mitteilen, da die Mittel noch zum Teil vor Jahresschluss zurückgezahlt werden müssen.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für das Sonderprojekt „Kaserne Gellendorf“ mit dem Stand der Daten vom 31.10.14 zur Kenntnis

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

11. Rahmenplan Innenstadt Vorlage: 474/14

01:17:46

Herr Schröer erklärt, dass sich der Rat über 2-3 Jahre sehr intensiv mit dem „Rahmenplan Innenstadt“ beschäftigt habe. Am 14. Februar 2014 habe es einen Ratsbeschluss gegeben, in dem die Verwaltung beauftragt wurde, das Thema auszuarbeiten, eine Organisationsstruktur zu erarbeiten und einen Förderantrag zu stellen.
Man sei jetzt soweit, dass der Förderantrag gestellt werden könne. Die Mittel für die ersten 2 Jahre seien zugesichert worden. Herr Schröer hält es für sinnvoll, dem Bauausschuss die Federführung zu übertragen, da es sich hier um 80 % Infrastrukturmaßnahmen handele. Die Fördermaßnahme „Rahmenplan Innenstadt“ mit einem Fördersatz von 70 % habe ein Finanzvolumen von 14,9 Mio €. Er teilt mit, dass in diesem Betrag der Umbau des „ZOB Matthiasstraße“ schon mit 4,7 Mio € enthalten sei. Um den Förderantrag fristgerecht einreichen zu können, werde der Beschluss des Bauausschusses für den Ratsbeschluss am 16.12.2014 benötigt.

Herr Kuhlmann ergänzt, dass er an einer Veranstaltung der NRW Bank teilgenommen habe, wo auch das Thema „Strategien für Mittelstädte“ diskutiert wurde. Als Mittel der Wahl wurden integrierte Ansätze, insbesondere vor dem Hintergrund der Generierung von Fördermitteln, dargestellt. Die Stadt Rheine habe mit dem „Rahmenplan Innenstadt“ bereits jetzt so einen Plan erstellt. Er könne nur empfehlen, diese Chance zu nutzen und bei der Bezirksregierung hierfür Mittel einzufordern. Nur solche integrierten Konzepte könnten noch die Möglichkeit einer Förderung erhalten.

Herr Kuhlmann weist ausdrücklich darauf hin, dass dies keine Entmündigung des Rates oder der Ausschüsse bedeute. Dieses Projekt mit seinen 48 Unterprojekten sei immer noch und auch wieder der politischen Beratung zugänglich.
Herr Kuhlmann stellt klar, dass ihm städtebauliche, finanzielle und förderrechtliche Kriterien ähnlich wichtig seien. Wenn die Rahmenbedingungen für eine Förderung günstig seinen, z.B. beim ZOB in Höhe von 90 %, sollte die einmalige Chance genutzt und eine solche Maßnahme prioritär umgesetzt werden. Er bittet den Rahmenplan als ein strategisches Instrument zu begreifen, mit dem man die Möglichkeit habe, die Innenstadt als wichtigsten Teil der Stadt über die nächsten Jahre vollständig neu zu gestalten.

Herr Kahle teilt mit, dass es der CDU-Fraktion wichtig sei, über diesen Tagesordnungspunkt heute nicht abzustimmen, da in der Fraktion noch weiterer Beratungsbedarf bestehe.

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag den Tagesordnungspunkt zu beraten, aber nicht darüber abstimmen.

Herr Radau stellt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag, die numerische Auflistung des Beschlussvorschlages um den Punkt 8 – Masterplan Grün zu erweitern. Der Antrag werde durch die Fraktion in der nächsten Ratssitzung detailliert vorgetragen.

Herr Kuhlmann nimmt dies zur Kenntnis. Er erklärt, dass an dieser Stelle über den Rahmenplan Innenstadt gesprochen werde, dessen Gebietsgrenzen sich im Wesentlichen auf die Innenstadt beziehen. Er stelle sich die Frage, ob ein Masterplan Grün nicht über dieses Gebiet hinausgehe und eine völlig andere Herleitung benötige.

Herr Radau erklärt, dass die Fraktion befürchte, dass der Punkt Bernburgplatz beim Rahmenplan strategisch untergehe und dann der Masterplan Grün nicht mehr eingebracht werden könne.

Herr Brauer ruft die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages auf:

Ziffer 1: Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ziffer 2: Herr Kuhlmann erklärt, dass die Ergänzung um den „Masterplan Grün“ zu dieser Ziffer gehöre. Seiner Ansicht nach, gehe es bei einem Masterplan Grün um mehrere Standorte in der Stadt. Im Gegensatz hierzu sei der Rahmenplan als integrierter Plan für die Innenstadt zu sehen und schon von der Bezirksregierung als förderfähig anerkannt worden. Nicht zuletzt, da er den Bürgerwillen wiedergebe und in einem bürgerorientierten Prozess entwickelt wurde. Seines Erachtens sei es wichtig, die beiden Pläne „Grünflächen“ und „Rahmenplan Innenstadt“ getrennt von einander zu behandeln. Er glaube, dass es besser sei, den Masterplan Grün nicht als Teil des Rahmenplanes Innenstadt einzubringen, sondern die Verwaltung zu beauftragen, sich mit der Fragestellung zu beschäftigen. Er würde vorschlagen bis zur Ratssitzung am 16.12.2014 entsprechender Input in die Fraktionen zu geben, wie ein Masterplan Grün umgesetzt werden könne und Vorschläge zu geben welche Stelle dafür zuständig sei. Hierfür müssten dann später Gespräche mit der Bezirksre-

gierung geführt werden, wie so etwas umgesetzt und evtl. mit einbezogen werden könne.

Herr Weßling schließt sich den Ausführungen von Herrn Kuhlmann an. Auch er habe Bedenken um die Förderfähigkeit des Rahmenplanes Innenstadt, wenn der Masterplan Grün mit eingeschoben würde.

Herr Kuhlmann bittet die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Konzept für den Masterplan Grün zu erstellen, woraus hervorgehe, was konzeptionell hinter diesem Plan stehe.

Ziffer 3: Herr Brauer verliest den Punkt und merkt an, dass dieser im nächsten Tagesordnungspunkt enthalten sei.

Ziffer 4: Herr Schröer erklärt, dass der Zuschussgeber einen Beschluss, im Hinblick auf die haushaltsrechtliche Absicherung, verlange.

Ziffer 5: Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ziffer 6: Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ziffer 7: Herr Siegler fragt an, ob nur Ratsmitglieder am Arbeitskreis teilnehmen dürfen.

Herr Schröer erklärt, dass auch Sachkundige Bürger am Arbeitskreis teilnehmen können.

Herr Brauer weist darauf hin, die Beschlussvorlage für den Rat dementsprechend zu ändern.

Zum Punkt 7 des Beschlussvorschlages werden nachfolgende Mitglieder benannt:

Mitglieder:	Vertreter(innen):
Dr. Manfred Konietzko (CDU)	Martin Beckmann (CDU)
Dennis Kahle (CDU)	Werner Wenker (CDU)
Karl-Heinz Brauer (SPD)	Detlef Weßling (SPD)
Johannes Willems (FDP) wurden nachgemeldet	Stephan Huesmann (FDP)
Joachim Siegler (AfR)	Rainer Ortel (AfR)

Zum Protokoll noch nicht bekannt:

GRÜNE, LINKE

Herr Brauer stellt den Antrag der CDU-Fraktion, eine Empfehlung für den Rat nicht auszusprechen, sondern den Beschlussvorschlag ohne Empfehlung an den Rat weiter zu geben zur Diskussion.

Die Mitglieder des Bauausschusses widersprechen dem Verfahren nicht.

Beschluss:

Der Bauausschuss / Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Rheine (Rat) beschließt die Umsetzung des Rahmenplans Innenstadt (Entwicklungskonzept nach § 171 b (2) Baugesetzbuch, siehe Anlage 1 der Vorlage-Nr. 004/14 http://www.rheine-buergerinfo.de/getfile.php?id=72142&type=do). Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Münster den Förderantrag für den Rahmenplan Innenstadt mit den ersten Teilprojekten / Maßnahmen für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 entsprechend den anliegenden Entwürfen der Projektblätter (**Anlage 1)** zu stellen. Die Förderanträge der weiteren Teilprojekte / Maßnahmen werden in den Folgejahren in Abstimmung mit der Bezirksregierung Münster nach Gesamtprojektfortschritt gestellt.

2. Der Rat der Stadt beschließt die Projektliste inkl. Kosten- und Finanzierungsübersicht **(Anlage 2),** wobei sich im Rahmen der Fortentwicklung der Teilmaßnahmen ohne Erhöhung des Gesamtbudgets finanzielle Verschiebungen zwischen den Maßnahmen ergeben können.

3. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die für die Jahre 2015 - 2018 erforderlichen Haushaltsmittel, die im Haushaltsplanentwurf 2015 berücksichtigt wurden, in den endgültigen Haushaltsplan 2015 zu übernehmen.

4. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die Folgekosten zu ermitteln und – unter dem Vorbehalt möglicher Änderungen im Rahmen der Fortentwicklung der Maßnahmen - diese in den jeweiligen Fertigstellungsjahren zu veranschlagen.

5. Der Rat der Stadt Rheine beschließt die räumliche Abgrenzung zum Förderantrag Rahmenplan Innenstadt zur zielgerichteten Entwicklung nach § 171b (1) Baugesetzbuch **(Anlage 3)**.

6. Der Rat der Stadt Rheine beschließt, dass grundsätzlich der Bauausschuss für die Umsetzung bzw. die Fortschreibung der einzelnen Teilprojekte zuständig ist; sofern Belange anderer Fachausschüsse betroffen sind in Abstimmung mit diesen.

7. Der Rat der Stadt Rheine beschließt, zur Projektbegleitung ein Arbeitsgremium zu bilden. Dieses Arbeitsgremium besteht aus 8 Mitgliedern des Rates der Stadt Rheine sowie Vertretern der Verwaltung.

Vom Rat der Stadt Rheine werden namentlich benannt:

Mitglieder:	Vertreter(innen):
_____(CDU)	_____(CDU)
_____(CDU)	_____(CDU)
_____(SPD)	_____(SPD)
_____(SPD)	_____(SPD)
_____(FDP)	_____(FDP)
_____(Grüne)	_____(Grüne)
_____(AfR)	_____(AfR)
_____(Linke)	_____(Linke)

Abstimmungsergebnis: verwiesen an den Rat der Stadt Rheine

12. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2015 - 2018 Sonderprojekt "Rahmenplan Innenstadt" Vorlage: 446/14

01:38:59

Die Verwaltung verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Sonderprojekts „Rahmenplan Innenstadt“ unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2015 - 2018 Fachbereich 5 - Planen und Bauen Produktgruppen 52 - 58 Vorlage: 442/14

01:39:16

Herr Schröer berichtet, dass es zwei Ergänzungen zum Haushaltsplan gebe.
Zur Sekundarschule erklärt er, dass im Haushalt 7,4 Mio € für die Sekundarschule eingestellt seien. Die Eingabe der CDU-Fraktion beabsichtige, den bestehenden Ansatz für die Sekundarschule Rheine Stadt im Haushaltsplan auf 8 Mio € zu beschränken. Aufgrund dessen müssten die Jahre 2017 und 2018 um jeweils 300.000,00 € erhöht werden.
Zum zweiten Thema berichtet Herr Schröer, dass der Sozialausschuss empfiehlt, das Budget „Behindertengerechter Ausbau“ von 102.000,00 € auf 90.000,00 € zu kürzen.

Herr Kahle möchte für die CDU-Fraktion die Ausführungen von Herrn Schröer als Antrag formuliert wissen.

Herr Kuhlmann erklärt, dass es sich ihm nicht erschließe, warum gerade hier Mittel, im Hinblick auf das Thema Inklusion, gekürzt werden. Er könne die Bemühungen zu sparen nachvollziehen, allerdings werde hier aus seiner Sicht eindeutig an falscher Stelle gespart.

Herr Meier erklärt, dass er die Kürzung für nicht gerechtfertigt halte. Er teilt mit, dass es mit dem Budget von 102.000,00 € schon schwierig sei auszukommen, zumal noch viele Schulen im Hinblick auf die Inklusion qualifiziert werden müssen. In langen Sitzungen werde mit dem Arbeitskreis barrierefreies Bauen, dem Beirat für Menschen mit Behinderung und dem Seniorenbeirat über die Verwendung der Mittel diskutiert. Wenn das Budget an dieser Stelle zu gering sei, müsse dies dann aus anderen Mitteln finanziert werden.

Herr Schröer weist darauf hin, dass der zuständige Fachausschuss, in diesem Fall der Sozialausschuss, dem Bauausschuss diese Kürzung empfohlen habe. Die Diskussion hätte stärker im Sozialausschuss geführt werden müssen.

Herr Cosse fragt an, ob der Antrag der CDU-Fraktion, die Kosten für die Sekundarschule Rheine Stadt auf 8 Mio. € zu beschränken, auch hergebe, an welcher Stelle die 4 Mio eingespart werden sollen. Er erklärt, dass die SPD-Fraktion den Antrag nicht mittragen werde und diesen Plan ablehne.

Herr Kahle erklärt, dass sich die 12 Mio € für den Umbau der Sekundarschule auf 2 Schulen, die Sekundarschule und die Bodelschwinghschule, beziehe. Die CDU-Fraktion merkt an, dass es insbesondere Kindern aus dem größten Stadtteil von Rheine nicht zuzumuten sei, kreuz und quer durch die Stadt geschickt zu werden. Außerdem würden dann zusätzliche Fahrtkosten entstehen. Aus Sicht der CDU-Fraktion sei es wichtig, diesen Stadtteil für junge Familien attraktiv zu gestalten. Dies könne man nur erreichen, wenn Schulen für die Kinder gut erreichbar seien.

Herr Kuhlmann teilt mit, dass er, um falschen Schlussfolgerungen vorzubeugen, die verschiedenen Beträge die im Raum stehen, erklären möchte.

Für die Variante die Fürstenbergrealschule zu erhalten und die Gebäude für den offenen Ganztag zu ertüchtigen, seien 3,4 Mio. € geplant gewesen.
Vor der Wahl habe es keine weiteren offiziellen Zahlen gegeben, nur eine nach Kubikmetern berechnete Größenordnung, die bei 7,4 Mio. € lag, sei genannt worden. Dieser Betrag sei auf Grundlage eines völlig anderen Funktionsumfanges errechnet worden. Der Entwurf von Herrn Borowski beziehe sich nicht nur auf den Bestand und auf die Schaffung notwendiger Räume für die Sekundarschule sondern auch auf die Ertüchtigung der Räume der Bodelschwinghschule im funktionalen Sinne. Hierfür stehe ein Umfang von 12 Mio. € zur Diskussion.

Herr Cosse erklärt, dass auch er eine wohnortnahe Versorgung vertrete. Die Anmeldezahlen besagten allerdings, dass nur 32 % der Kinder, die die Sekundarschule Rheine Stadt besuchen, aus dem Schotthock kommen. Der Rest komme tatsächlich aus dem gesamten Stadtgebiet. Somit fahre die Mehrzahl der Schüler in den Schotthock, womit das Argument Fahrtkosten nicht angewandt werden könne.

Herr Brauer lässt zuerst über die nachfolgenden Änderungsvorschläge abstimmen:

1. Sekundarschule

Die Investitionen für die Sekundarschule werden für die Jahre 2017 und 2018 jeweils um 300.000 Euro erhöht.

Abstimmungsergebnis:	12 Ja-Stimmen
	6 Nein-Stimmen
	1 Enthaltung

2. Barrierefreies Bauen

Kürzung der Mittel „Barrierefreies Bauen“ von 102.000,00 € auf 90.000,00 € somit um 12.000,00 € für die Jahre 2015 bis 2018.

Abstimmungsergebnis:	9 Ja-Stimmen
	8 Nein-Stimmen
	1 Enthaltung

Anmerkung zum Protokoll:
(Eine Person war bei der Abstimmung nicht anwesend.)

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 5, Produktgruppen 52 - 58 unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: geändert beschlossen
13 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen

14. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2015 - 2018 Sonderprojekt "Kaserne Gellendorf" Vorlage: 445/14

02:02:27

Die Verwaltung verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Sonderprojekts „Kaserne Gellendorf“ unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2015 - 2018 Sonderprojekt "Bahnflächen" Vorlage: 443/14

02:02:39

Die Verwaltung verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Sonderprojekts „Bahnflächen“ unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. Beratung Stellenplan 2015, Fachbereich 5 - Planen und Bauen, PG 52 - 58 Vorlage: 433/14

02:02:57

Die Verwaltung verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat der Stadt Rheine vorzuschlagen, den als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 5 – Planen und Bauen, Produktgruppen 52 - 58 in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2015 zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

17. Elter Straße von Kardinal-Galen-Ring bis zum Kreisverkehr Surenburgstraße/Hemelter Straße (53014-500) - Änderung der Ausbauplanung Vorlage: 459/14

02:03:20

Die Verwaltung verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Bauausschuss beschließt die Änderung der Ausbauplanung für die Elter Straße von Kardinal-Galen-Ring bis zum Kreisverkehr Surenburgstraße/Hemelter Straße (Abwägungsbeschluss vom 15.11.2012; Vorlage 411/12).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

18. Umgestaltung ZOB Rheine Bereitstellung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung zur Vergabe weiterer Planungsaufträge Vorlage: 468/14

02:03:47

Die Verwaltung verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, beim Projekt Nr. 5941-002 eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 125.000 € bereitzustellen.

Deckungsvorschlag:
Projekt Nr.53014-829 Hochwasserschutzanlage am Timmermanufer – 125.000 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig

19. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

02:09:00

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

20. Anfragen und Anregungen

02:04:40

20.1 Tiefestraße – Seniorenbegegnungsstätte – Leuchtreklame

Herr Brauer teilt mit, dass an der Tiefen Straße eine Leuchtreklame an der Seniorenbegegnungsstätte angebracht worden sei. Er möchte wissen, ob der Gestaltungsbeirat und die Stadt Rheine generell beteiligt wurden.

20.2 Engstelle an der Bergstraße

Herr Berlekamp berichtet, dass es an der Bergstraße eine Engstelle in einer Rechtskurve Richtung Stadt im Fahrbahnbereich gebe. Diese Kurve werde mit Pkws zugeparkt, so dass das Befahren dieser Kurve mittlerweile sehr gefährlich sei. Er möchte anregen, dies an den Arbeitskreis Verkehr weiterzugeben.

20.3 LZA Media-Markt

Herr Meier teilt mit, dass bei der Ampelanlage vom Media-Markt in Richtung Verkehrsverein der Vibrationsgeber für blinde Menschen nicht funktioniere. Er bittet dies schnellstmöglich zu beheben.

Ende des öffentlichen Teils: ***19:00 Uhr***

Ende der Sitzung: ***19:10 Uhr***

Karl-Heinz Brauer
Ausschussvorsitzender

Andrea Mischok
Schriftführerin